

Antrag

der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/2750 –

Landeshaushaltsgesetz 2014/2015 (LHG 2014/2015)

Jugendarbeit und ehrenamtliches Engagement von jungen Menschen als Bildung begreifen

Der Landtag stellt fest:

- Die Bedeutung und die Anerkennung der Jugendarbeit sowie des ehrenamtlichen Engagements junger Menschen hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Neben der institutionalisierten Bildung in Schulen und Kindertagesstätten spielt die Jugendarbeit als informelle Bildung eine wichtige Rolle bei der Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen.
- Die offene Jugendarbeit bietet vielen Kindern und Jugendlichen Freizeitangebote, zu denen sie ansonsten keinen Zugang hätten. Dies ermöglicht ihnen, Teil einer sozialen Gemeinschaft zu sein, in der sie Werte wie gegenseitige Rücksichtnahme, Respekt und Toleranz erlernen.
- Durch ihr ehrenamtliches Engagement für die Gemeinschaft beispielsweise in Sportvereinen, Jugendverbänden oder Kirchen übernehmen junge Menschen häufig Verantwortung für andere junge Menschen und sorgen dafür, dass es auch in Zukunft ehrenamtlichen Einsatz für die Gesellschaft gibt.
- Junge Menschen erlernen durch ihr ehrenamtliches Engagement soziale Kompetenzen, die für ihr späteres Leben von Bedeutung sind. Dazu gehören neben Verantwortungsbewusstsein auch Selbstbewusstsein, Führungsstärke und ein Bewusstsein für die Interessen anderer Menschen.
- Ehrenamtliche Jugendarbeit setzt hauptamtliche Kräfte voraus, um die Prozesse der Jugendarbeit zu steuern und zu organisieren sowie eine ausreichende Förderung von ehrenamtlich Aktiven, die beispielsweise auf Ferienfreizeiten junge Menschen bilden und betreuen.
- Das Engagement in den politischen Jugendverbänden ist wichtig, da Junge Union, Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD, die Grüne Jugend, die Jungen Liberalen sowie die Jungdemokratinnen/Junge Linke durch ihre Strukturen Orte schaffen, an denen junge Menschen Demokratie leben und erlernen. Insbesondere mit ihren Angeboten zur politischen Bildung in Form von Seminaren und Besuchsangeboten leisten sie einen Beitrag zur staats-bürgerlichen Bildung in Rheinland-Pfalz. Die Enquetekommission „Bürgerbeteiligung“ im Landtag Rheinland-Pfalz hat daher zurecht betont, dass für junge Menschen in unserem Land die politischen Jugendverbände bei der demokratischen Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen eine besondere Rolle spielen.

b. w.

Der Landtag begrüßt

- das Bekenntnis der Landesregierung, die Jugendarbeit und das ehrenamtliche Engagement junger Menschen zu fördern sowie die institutionelle Förderung des Landesjugendrings auszubauen und regelmäßig den gestiegenen Personal- und Sachkosten anzupassen;
- die Erhöhung der Zuschüsse für den Landesjugendring im Rahmen der Zuschüsse zur Institutionellen Förderung von Trägern der Jugendarbeit 2014 um 3 000 Euro und 2015 um 6 000 Euro gegenüber der Regierungsvorlage des Haushaltsentwurfs, um den gestiegenen Personal- und Sachkosten Rechnung zu tragen;
- die Erhöhung der Zuschüsse für die Maßnahmen der sozialen Bildung in der Jugendverbandsarbeit im Laufe dieser Legislaturperiode von einem Euro pro Tag und Teilnehmendem auf zwei Euro pro Tag, um sicherzustellen, dass die Teilnahme an deren Angeboten nicht von der finanziellen Leistungskraft der Eltern abhängt;
- die Erhöhung der Zuschüsse für hauptamtliche Fachkräfte und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendarbeit um 55 000 Euro pro Jahr gegenüber der Regierungsvorlage des Haushaltsentwurfs 2014/2015;
- die Erhöhung der Zuschüsse zur Förderung der staatsbürgerlichen Bildung der jungen Generation in Rheinland-Pfalz auf 245 300 Euro pro Jahr, um damit das finanzielle Niveau der vergangenen Jahre stabil zu halten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die ehrenamtliche Jugendarbeit und die Arbeit der genannten politischen Jugendverbände weiter zu fördern;
- die administrative Umsetzung zur Erhöhung des Tagessatzes der Maßnahmen für soziale Bildung im vorliegenden Doppelhaushalt vorzunehmen;
- sich dafür stark zu machen, dass die eigenständige Jugendpolitik landesweit eine größere Aufmerksamkeit erfährt.

Für die Fraktion
der SPD:
Barbara Schleicher-Rothmund

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nils Wiechmann